

Endlich Schluss!

Sehnsucht nach dem Ruhestand

Die Bayerische Finanzverwaltung ist erfahren. Oder schlicht alt. Die Ruhestandsversetzungen steigen derzeit auf Rekordwerte. Dabei nutzen die Betroffenen alle Instrumente, um noch ein bisschen früher aufhören zu können: Altersteilzeit, Antragsruhestand, Urlaubsansparung. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Zahl der vorzeitigen Altersabgänge die Schätzungen der Verwaltung deutlich überstiegen hat. Die Einstellungszahlen mussten deshalb nachträglich mehrfach nach oben korrigiert werden, wodurch zusätzliche Lücken entstanden sind. Eine Fluchtbewegung?

Freilich, es hat immer Menschen gegeben, die ihr gesamtes Leben, ihre gesamten Träume für den Ruhestand aufsparen, wenn sie vermeintlich Zeit dafür haben. Und die können es dann verständlicherweise kaum erwarten, bis es endlich soweit ist. Vielleicht

sind das heute einfach viel mehr, die so denken. Ja vielleicht. Aber wäre das nicht schlimm? Wäre das nicht Ausdruck einer Sinnentleerung der Arbeit? Und tatsächlich: Fragt man ältere Beschäftigte nach ihrer beruflichen Zufriedenheit, hört man viel zu

häufig, dass die Arbeit keinen Spaß mehr macht. Dass Qualität – und damit Gerechtigkeit – nicht mehr gefragt ist. Dass die Erfahrung nichts mehr zählt. Und dass man sich mit den ständigen Änderungen bei den Verfahren überfordert fühlt.

Fortsetzung nächste Seite

Füracker verspricht Fortsetzung des Kurses

Erster Gedankenaustausch mit dem neuen Finanzminister

Seite 6

Ungleichheit und Steuergerechtigkeit

Diskussionsveranstaltung über bayerische Handlungsmöglichkeiten

Seite 10

Weil es den
Menschen
braucht



Oft bleibt pure Resignation

Steht der Ruhestand dann bevor, möchte man die Nachfolgerin oder den Nachfolger gerne einarbeiten, also den Wissenstransfer gewährleisten, wie es heute technisch heißt. Man fragt mehrmals nach und wird vertröstet. Einarbeitung? Kein Personal. Dann gehen Wissen und Erfahrung mit in den Ruhestand, wendet man ein. Und erntet Schulterzucken. Am Ende des Berufslebens bleibt so pure Resignation. Die Industrie pflegt Netzwerke, die sich über die demografische Entwicklung austauschen und versuchen, altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen. Damit „die Alten“ gesund und motiviert bleiben, vielleicht sogar länger bleiben, um ihre Erfahrung an die nächste Generation weiterreichen zu können. Solche Konzepte sucht man in der Finanzverwaltung vergebens. Als wäre es egal, ja als wäre man egal. Wertschätzung sieht anders aus.

Dicker Schlusstrich

Das bleibt nicht ohne Folgen. Wurden früher gerne über den Ruhestand hinaus Kontakte zur alten Dienststelle gepflegt, wird das heute immer weniger. Der Schlusstrich wird dicker und schwärzer. Mitunter umfasst er auch die Mitgliedschaft in der bfg, was ein großer Fehler ist. Insbesondere für die Beamtinnen und Beamten. Denn sie bleiben in ihrem Dienstverhältnis. Für immer. Konflikte mit dem Dienstherrn gibt es leider auch im Ruhestand. Rechtsstreitigkeiten ins-

besondere bei der Beihilfe nehmen stetig zu. Da sind die Pensionisten dann schon sehr froh, wenn sie die bfg an ihrer Seite wissen. Der Personalrat kann hier nichts mehr tun. Er darf kraft Gesetzes nur für aktive Beschäftigte tätig werden. Wer nicht in der bfg ist, steht also allein. Kein schöner Gedanke, man wird schließlich nicht jünger.

bfg auch im Ruhestand unverzichtbar

Auch politisch birgt die Einschätzung, im Ruhestand auf die Gewerkschaft verzichten zu können, ein gewaltiges Risiko. Dass die Pensionisten an den laufenden Gehaltsanpassungen partizipieren, ist keine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil versuchten die Dienstherrn in den zurückliegenden Besoldungsverhandlungen schon mehrfach die Ruheständler auszuspüren und lockten mit

höheren Gehaltszuwächsen der Aktiven. Das wurde von Beamtenbund und bfg immer zurückgewiesen. Ein hoher Mitgliederanteil gerade auch unter den Pensionisten ist unverzichtbar, um dieser Haltung Nachdruck zu verleihen.

Doch solche Zusammenhänge gehen leider allzu schnell unter, wenn Frust das Handeln bestimmt. Verständliche Enttäuschung über ein Ende des Berufslebens, das man sich anders vorgestellt hat nach so vielen Jahren Dienst. Die bfg mahnt seit langem, dass man bei der Modernisierung der Verwaltungsabläufe alle Beschäftigtengruppen mitnehmen muss. Und dass eine vernünftige Einarbeitung nur von Mensch zu Mensch möglich ist. Daran muss die Verwaltung arbeiten. Und die Pensionisten müssen bei aller verständlichen Resignation aufpassen, dass ihr Schlusstrich nicht zu weit geht.



Der Arbeitskreis Senioren der bfg kümmert sich um die besonderen Belange der Seniorinnen und Senioren. V.l.n.r.: Johanna Markl, Peter Ritzinger, Silvia Weh, Eva Waitzinger, Gerhard Wacker und Ernst Hoyer.

INHALT

S. 1	Endlich Schluss! Sehnsucht nach dem Ruhestand
S. 3	Seite 3
S. 4	Bericht aus dem HPR
S. 6	Füracker verspricht Fortsetzung des Kurses
S. 8	Tagung der nordbayerischen Orts- und Personalratsvorsitzenden
S. 12	Ungleichheit und Steuergerechtigkeit
S. 15	bfg-Jugend
S. 18	Aus den Ortsverbänden

IMPRESSUM

Herausgeber: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99, info@bfg-mail.de, www.finanzgewerkschaft.de
 Verantwortlich: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft
 Redaktionsleiter: Thomas Wagner
 Redaktion: Hermann Abele, Konrad Adam, Matthias Bauregger, Claus Braun, Florian Köbler, Johanna Markl, Christoph Werwein, Helene Wildfeuer und Gerhard Wipijewski
 Layout und Gestaltung: Thomas Wagner
 Druck: Druckerei Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München
 Anzeigenverwaltung: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99

Die „Bayerische Finanzgewerkschaft“ erscheint 10x jährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der bfg und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers. Alle Bilder oder Grafiken sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur mit Genehmigung des bfg-Verlages bzw. des jeweiligen Rechteinhabers verwendet werden.

Die Finanz, die macht das schon?

Text: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender

Kaum war das Feuerwerk an Zielen und beabsichtigten Maßnahmen verklungen, das Ministerpräsident Söder in seiner Regierungserklärung abgebrannt hatte, stellte sich die Frage, wie eine der zentralen Maßnahmen, nämlich das angekündigte Landespflegegeld, binnen weniger Monate an Mann und Frau gebracht werden kann. Man geht dabei von 350.000 Antragsberechtigten aus! Ihnen will man bis zum Jahresende die Möglichkeit einräumen, für 2018 einen Antrag auf Landespflegegeld einzureichen. Nachdem sich weder das zuständige noch ein anderes Ressort in der Lage sahen, die Umsetzung eines noch nicht einmal im Entwurf vorliegenden Gesetzes hinzubekommen, wurde das Finanzressort auserkoren und mit der Organisation des Projekts für das Jahr 2018 beauftragt.

Die Finanz, die macht das schon!

Die Finanz, die hat dann gemacht und innerhalb weniger Tage ein Konzept erarbeitet, wie noch im Mai ein Antragsverfahren gestartet und im Juni mit der Bearbeitung der ersten Anträge begonnen werden kann, damit die Auszahlung möglichst im September erfolgen wird. Personelle Fragen, Arbeitsgruppen, die IT-technischen Voraussetzungen schaffen, und, und, und ...

Den Ansatz die Bearbeitung durch Beamtinnen und Beamte im Nebenamt außerhalb der Arbeitszeit zu stemmen, kann ich dabei nur begrüßen!

Das Motto macht freilich auch nachdenklich. Wir listen in der bfg-Zeitung immer wieder auf, welches Ausmaß die Fallzahlensteigerungen in der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung erreicht haben – Jahr für Jahr und seit über einem Jahrzehnt ohne Unterbrechung. Das Wachstum unserer Wirtschaft und der Bevölkerungszug sind die wesentlichen Ursachen im Bereich der Steuer, der demografische Wandel bei der Staatsfinanz. Jahr für Jahr zwischen 2 und 5 % mehr! Einfach so!

Dazu kommen regelmäßig neue, zusätzliche Aufgaben insbesondere aus der Gesetzgebung, die in den letzten Jahren ein immenses Ausmaß erreicht haben. Aber die Finanz, die macht das schon. Nur zu welchem Preis?

Die Beschäftigten arbeiten seit Jahren am Anschlag, werden zudem durch weiterhin regelmäßige IT-Ausfälle in die Verzweiflung getrieben. Und der Titel dieser Ausgabe greift auf, was wir in den Dienststellen seit Längerem erleben, wenn sich jemandem die Möglichkeit bietet: „Nur weg von hier!“

Zur Erinnerung: Im Jahr 2012 hatte der Bayerische Oberste Rechnungshof umfassend dargelegt, wie es

um unsere Finanzämter bestellt ist:

- Personalbedarf nach bundeseinheitlichem Muster: 19.844 MAK
- Beamten- und Arbeitnehmerstellen: 16.457
- Ist-Besetzung: 14.554 MAK
- 2018 liegt der Personalbedarf bei ca. 21.000 MAK
- die Haushaltsstellen für Beamte und Arbeitnehmer bei 16.392
- und die Ist-Besetzung bei knapp unter 15.000 MAK

Damit haben wir heute noch nicht einmal den Personalstand von vor 10 Jahren erreicht, obwohl die Fallzahlen explodiert sind. Gleiches gilt für den Bereich der Staatsfinanz.

Dabei verkenne ich nicht, welche Herkulesanstrengung in Politik, Nachwuchsgewinnung und Ausbildung notwendig war, um angesichts der Altersabgänge wenigstens das zu schaffen.

Und jetzt kommt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts also eine Reform der Grundsteuer auf uns zu! Bis Ende 2019 hat der Gesetzgeber Zeit für eine Neuregelung; in diesem Fall können die verfassungswidrigen heutigen Werte noch weitere 5 Jahre angewendet werden, bis Ende 2024 also.

Egal, auf welches Bewertungsverfahren sich Bund, Länder und Kommunen einigen werden, eine Neubewertung von Millionen Grundstücken in Bayern wird auch die Finanz nicht mehr schaffen! Dazu sind unsere ausgebluteten Bewertungsstellen personell, aber auch technisch nicht in der Lage! Im Interesse der Finanzverwaltung gilt es deshalb ein möglichst leicht zu handhabendes Modell zu wählen und frühzeitig die erforderliche Technik sowie zusätzliche Stellen zu schaffen. Die DSTG hat deutschlandweit einen Zusatzbedarf von etwa 10.000 Beschäftigten errechnet!

Ohne zusätzliches Personal wird es auch im Landesamt für Finanzen nicht gehen, wenn im Nachtragshaushalt 2018 II gemäß der Regierungserklärung im großen Stil neue Stellen in verschiedenen Ressorts geschaffen werden. Diesen Zusammenhang muss die Politik endlich anerkennen!

Die in der Regierungserklärung versprochenen Zusatzausgaben in Milliardenhöhe zu schultern, wird auf Dauer auch für das reiche Bayern eine Herausforderung darstellen. Man sollte daher auch die Verwaltung stärken, bei der jeder Beschäftigte ein Vielfaches seines Einkommens erwirtschaftet ...

Dann, und nur dann, kann es auch künftig heißen: die Finanz, die macht das schon!

BERICHT AUS DEM HPR

von Florian Köbler
und Hermann Abele



Neue „Urlaubs- und Mutter-schutzverordnung“ UrlMV

Am 1. Januar 2018 trat die UrlMV in Kraft. Diese ersetzt die bisherige Urlaubsverordnung und die bayerische Mutterschutzverordnung. Etliche Änderungen sind dabei lediglich redaktioneller Natur. So finden sich z.B. die Vorschriften zur Dienstbefreiung nunmehr unter §10 UrlMV (vormals §16 UrlV). Da im Jahr 2017 jedoch mehrere Anpassungen des Mutterschutzrechtes, insbesondere Neuregelungen zum betrieblichen Gesundheitsschutz vorgenommen wurden, enthält die UrlMV darüber hinaus auch inhaltliche Neuerungen. Für die besondere Gefährdungsbeurteilung gem. §19 UrlMV i.V.m. §10 MuSchG wurde seitens der Verwaltung nunmehr eine Checkliste aufgelegt.

Bericht des Arbeitgebers Nr. 5.5 der Inklusionsvereinbarung

Das StMfLH legte dem HPR den jährlichen Bericht über die Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen des StMfLH vor. Öffentliche Arbeitgeber müssen gem. §154 SGB IX mindestens 5% der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzen. Seit Jahren ist das StMfLH bestrebt, diese Mindestgrenze deutlich zu übertreffen. So konnte auch im Kalenderjahr 2017 für den Geschäfts-

bereich eine Quote i.H.v. 8,29 % gemeldet werden.

Zuschlag zur Gewinnung von IT-Fachkräften – Beamtenbereich

Cyberkriminalität ist ein weltweites Phänomen, das weder an Landesgrenzen noch vor dem Bundestag Halt macht und überall stattfinden kann, wo Menschen IT-Geräte benutzen. Mit fortschreitender Digitalisierung erhöhen sich auch die Anforderungen an die IT-Sicherheit der Behörden. Die staatliche Verwaltung benötigt dringend Spezialisten, um sich den täglichen Angriffen auf das Behördennetzwerk zu erwehren. Aufgrund des signifikanten Fachkräftemangels müssen daher finanzielle Anreize geschaffen werden, um auch in der Konkurrenz zur freien Wirtschaft als attraktiver Arbeitgeber um geeignetes Personal werben zu können. Der neue Art. 60a Bayerisches Besoldungsgesetz sieht daher einen „Zuschlag zur Gewinnung von IT-Fachkräften“ vor. Demnach kann Beamtinnen und Beamten der Besoldungsordnung A in der Fachlaufbahn Naturwissenschaften und Technik sowie in der Fachlaufbahn Polizei und Verfassungsschutz mit dem Schwerpunkt Technik bei einem erstmaligen Einstieg in der 3.QE ein Zuschlag i.H.v. max. 400 Euro/Monat für die Dauer von max. 10 Jahren gewährt

werden. Voraussetzung ist, dass sie auf einem Dienstposten in der Informationstechnologie eingesetzt werden. Der Zuschlag stellt kein flächendeckendes, sondern ein auf einzelne Dienstposten bezogenes Instrument innerhalb der haushaltsrechtlichen Grenzen dar. Er wird über den Bezugszeitraum hinweg abgeschmolzen und entfällt spätestens nach einer Gesamtbezugsdauer von insgesamt 10 Jahren. Über die tatsächliche Vergabe (Höhe und Dauer) entscheidet die personalverwaltende Stelle. Diese Regelung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Weitere Einzelheiten regelt das FMS vom 2.3.2019 (23-P 1510-1/24).

Zuschlag zur Gewinnung von IT-Fachkräften – Tarifbereich

Für Kolleginnen und Kollegen des Tarifbereichs (E7 – E15Ü TVL), die aus persönlichen oder haushaltsmäßigen Gründen nicht verbeamtet werden können, wird ebenfalls die Zahlung einer weiteren Zulage (bis zu 10% des Tabellenentgelts der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe) ermöglicht. Innerhalb der haushaltsrechtlichen Grenzen kann diese Zulage maximal 20% der Beschäftigten im IT-Bereich gewährt werden. Diese Regelung ist bis 31.12.2020 befristet.

Weitere Einzelheiten regelt das FMS 28.2.2018 (25-P2607-6/19).

Erfassung und Bearbeitung der Pflegegeldanträge im Rahmen eines Nebenamtes

Die Bayerische Staatsregierung hat am 10. April ein Pflege-Paket für Bayern verkündet. Darin ist unter anderem auch die Gewährung eines bayerischen Landespflegegeldes i.H.v. 1.000 Euro/Jahr enthalten. Anspruchsberechtigt sind Pflegebedürftige, die ihren Hauptwohnsitz im Zeitpunkt der Antragstellung in Bayern haben und mindestens einen Pflegegrad 2 vorweisen.

Die erstmalige Auszahlung soll bereits im September 2018 erfolgen.

Da mit ca. 360.000 Anspruchsberechtigten zu rechnen ist, stellt diese zusätzliche Aufgabe die Verwaltung vor eine immense Herausforderung. Der HPR machte sich umgehend für eine praktikable Lösung stark, die Mehrbelastungen für die Kolleginnen und Kollegen v.a. im Bereich des Landesamt für Finanzen verhindert. Die angespannte Personalsituation eröffnet keinen Raum für derartige kurzfristige Mehrbelastungen.

Die Bearbeitung der Anträge auf Landespflegegeld soll daher für 2018

einmalig in Form einer freiwilligen, vergüteten Nebentätigkeit erfolgen. Für die Erfassung und Bearbeitung eines Antrages auf Landespflegegeld werden ca. 5 Minuten veranschlagt. Die Nebenamtsvergütung beträgt 2 Euro pro Antrag. Es ist vorgesehen, Pakete im Umfang von jeweils 200, 400, 600, 800 oder 1.000 Anträgen zur nebenamtlichen Erfassung und Bearbeitung zu vergeben. Die Bearbeitung hat außerhalb der Dienstzeit zu erfolgen. Für 400 Anträge steht eine Bearbeitungszeit von 4 Wochen zur Verfügung.

Beamtinnen und Beamte, die sich für das freiwillige Nebenamt zur Verfügung stellen möchten, können sich unter <http://www.stmf.bybn.de/?url=landespflegegeld> bewerben.

LfF – Landesfamilienkasse Anpassung der Messzahl

Der HPR wurde darüber unterrichtet, dass im Rahmen einer Innenrevision im LfF die Personalbedarfsberechnung für den Bereich der Landesfamilienkasse in Auftrag gegeben wurde.

Diese wurde nach den Methoden des Obersten Rechnungshofs durch-

geführt und ergab eine Messzahl von 3.960 Kinder pro Vollzeitkraft.

Qualifizierungsmaßnahme für Tarifbeschäftigte

Besonders qualifizierte und langjährige Beschäftigte im Tarifbereich haben in der bayerischen Steuerverwaltung seit Januar 2017 die Möglichkeit, sich für eine sechsmonatige Qualifizierungsmaßnahme zu bewerben. Sofern diese erfolgreich bestanden wird, werden die Aufgaben eines Sachbearbeiters in der Arbeitnehmerstelle oder ZEB zunächst für eine in der Regel sechsmonatige Bewährungszeit übertragen.

Zum 1.1.2018 haben 24 der 26 Teilnehmer des Pilotprojekts die Bewährungsphase erfolgreich beendet.

Aufgrund der sehr guten Erfahrungen wurde die Qualifizierungsmaßnahme auch für das Jahr 2018 angeboten. Allerdings konnten hierfür lediglich 8 Bewerber/innen zugelassen werden.

Die nächste Qualifizierungsmaßnahme wird mit dem Ziel, hierfür 20 – 25 geeignete Bewerber/innen zu gewinnen, im Jahr 2020 angeboten.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Fehler passieren. Na und?

Mit einer Dienst-Haftpflichtversicherung der NÜRNBERGER können Sie gelassen bleiben.

Holen Sie Ihr Angebot bei:
MBoeD@nuernberger.de



Füracker verspricht Fortsetzung des Kurses

Gerhard Wipijewski bei einem ersten Gedanken-austausch mit dem neuen Finanzminister

Mitte April trafen der neue Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Albert Füracker, und bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski im Finanzministerium zu einem ersten ausführlichen Gespräch zusammen. Dabei konnten die beiden Gesprächspartner an die Zusammenarbeit in den vergangenen knapp viereinhalb Jahren anknüpfen, in denen MdL Albert Füracker unter Finanzminister Söder bereits Staatssekretär im Finanzressort war.

Wipijewski hob die positiven Entwicklungen in der Ära Söder-Füracker hervor, von denen er hoffe, dass sie fortgesetzt würden: die Wertschätzung für die Beschäftigten, die Nutzung der Möglichkeiten des Neuen Dienstrechts, die Einkommensverbesserungen und nicht zuletzt der Abbau der Unterbesetzung in den verschiedenen Bereichen der Finanzverwaltung.

Minister Füracker teilte diese Einschätzung und versprach, diesen Kurs fortsetzen zu wollen. Ein Stück weit hänge das freilich immer auch von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Wipijewski bekräftigte die Forderung der bfg, den anstehenden Doppelhaushalt für weitere Verbesserungen der Personalausstattung und der Beförderungssituation zu nutzen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die Digitalisierung in der Finanzverwaltung und ihre Folgen. Wipijewski warb hier darum, Arbeitsplätze zu schaffen, bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht. Er machte zudem deutlich, dass der Wegfall leichter Arbeiten und die damit verbundene Konzentration schwieriger Aufgaben zu einer Verbesserung der Stellenwertigkeiten führen müssen. Der Minister zeigte sich bei diesem Thema ebenso sachkundig wie beim Thema Nachwuchsausbildung, wo der bfg-Vorsitzende für eine Fortsetzung der Anstrengungen auf höchstem Niveau warb.



bfg im Gespräch mit Staatssekretär Dr. Reichhart

Wipijewski sieht gelungenen Auftakt für eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit



In einem mehr als einstündigen Gespräch haben sich Anfang Mai der neue Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Hans Reichhart, und der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski über die Situation im Finanzressort ausgetauscht. Über einstimmend würdigten die beiden Gesprächspartner die positiven Entwicklungen, die in den letzten Jahren in der Finanzverwaltung erreicht werden konnten.

Wipijewski legte dem neuen Staatssekretär jedoch auch dar, wie langsam angesichts der hohen Zahl an Altersabgängen der Abbau der Unterbesetzung vorankomme. So könne der Personalstand bei den Finanzämtern im Rahmen der derzeitigen – seit rund einem Jahrzehnt nahezu unveränderten – Beamten- und Arbeitnehmerstellen in den nächsten Jahren noch um rund 800 Kräfte verbessert werden. Dazu freilich bedürfe es freilich noch über mehrere Jahre der derzeitigen Ausbildungsanstrengung!

Wipijewski und Staatssekretär Dr. Reichhart erörterten im Weiteren die Personalsituation in allen Bereichen des Finanzressorts, in denen die bfg Mitglieder organisiert, vom Ministerium selbst über das Landesamt für Steuern, das Landesamt für Finanzen, alle IT-Bereiche, die Schlösserverwaltung sowie die Spielbankenaufsicht. Aber auch der Wechsel von IMBY und Stadi-Bau ins neue Bauressort wurde besprochen.

Staatssekretär Dr. Reichhart und der bfg-Vorsitzende waren sich einig, dass die Verbesserung der Personalsituation wie auch der Beförderungssituation fortgesetzt werden sollte.

Sportler aufgepasst!

Der Staatssekretär versprach zudem, die Siegerehrung des diesjährigen Drachenbootrennens im Rahmen des Bayernturniers am 4. Juli in Oberschleißheim vorzunehmen und auch das Bayernturnier in Kempten zu besuchen.



0,— Euro Bezügekonto² der „Besten Bank“

¹ Für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,— Euro/Mitglied
² Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,— Euro/Mitglied.

- ✓ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner
- ✓ Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten
- ✓ Ausgezeichnete und zertifizierte Beratung im Abgleich mit der DIN SPEC 77222
- ✓ dbb-Vorteil: 30,— Euro Startguthaben¹



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

BB  **Bank**

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 07 21/141-0
oder www.bbbank.de/dbb

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

18. Fachtagung der nordbayerischen Orts- und Personalratsvorsitzenden

Ausbildung first – Mitarbeiterbefragung – Modernisierung des Besteuerungsverfahrens – Solidarität in der Gewerkschaftsarbeit Standing Ovationen für Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer

Zum Auftakt der Tagung der nordbayerischen Orts- und Personalratsvorsitzenden der bfg konnte Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer eine beachtliche Anzahl von neu- und wiedergewählten Orts- und Personalratsvorsitzenden begrüßen. „Wir sind jünger und auch ein Stück weiblicher geworden“, stellte die Bezirksvorsitzende erfreut fest. Mit ihrem Dank an die Ortsvorsitzenden für ihr ehrenamtliches Engagement konnte die Bezirksvorsitzende dann gleich zum ersten Gast der Ortsverbändetagung überleiten. Gudrun Brendel-Fischer vertritt den Stimmkreis Bayreuth für die CSU im Bayerischen Landtag und ist seit wenigen Wochen Beauftragte der Staatsregierung für das Ehrenamt.

Brendel-Fischer stellte in ihrem Grußwort die große Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Gesellschaft heraus. Sie ging aber auch auf den öffentlichen Dienst in Bayern ein. „Bayern ist deshalb so stark, weil wir einen starken öffentlichen Dienst haben“, sagte die Abgeordnete. Eine der größten Herausforderungen sei die fortschreitende Digitalisierung. Ein besonderes Augenmerk sei auf die digitale Bildung zu legen, sowohl in der Schule als auch bei der Erwachsenenbildung. Trotz aller Digitalisierung brauche es aber weiter den Menschen, sagte Brendel-Fischer und griff den Leitspruch der bfg „Weil es den Menschen braucht“ auf. „Weiterkommen“ wolle man auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei gehe es auch immer mehr um



bfg-Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer



MdL und Ehrenamtsbeauftragte der Staatsregierung Gudrun Brendel-Fischer



bfg-Landesvorsitzender
Gerhard Wipijewski



LfSt-Vizepräsident
Dr. Christoph Habammer



Hans-Jürgen Rosenlehner
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat



Volker Gilliar
Bayerisches Landesamt für Steuern

die Herausforderungen, eigene Eltern im Alter gut betreuen zu können.

Brendel-Fischer ging auch auf die Forderungen der bfg für die Finanzverwaltung ein. Mit dem laufenden Doppel- und Nachtragshaushalt hätten Fortschritte erzielt werden können und sie hoffe, dass an vielen Stellen die „größte Not habe abgemildert werden können“.

Abschließend bot sie Bezirksvorsitzender Wildfeuer und ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern ein baldiges Gespräch über ihre Anliegen zum ehrenamtlichen Engagement an, was von der Bezirksvorsitzenden umgehend aufgegriffen wurde, denn schließlich sei auch hier Vieles optimierbar.

Mitarbeiterbefragung: Beteiligung der einzelnen Ämter schwankt zwischen 33 und 88 Prozent

Mit dem Dank für die Mitarbeit und das Engagement vor Ort leiteten Hans-Jürgen Rosenlehner vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat und Volker Gilliar vom Bayerischen Landesamt für Steuern ihren Vortrag über die Ergebnisse der 4. Mitarbeiterbefragung und deren Umsetzung ein. Zufrieden zeigten sich Rosenlehner und Gilliar mit der bei 51,6 Prozent liegenden Beteilig-



Die Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer mit ihren im Laufe der letzten 12 Monate neu- und wiedergewählten Ortsvorsitzenden.



Für 40-jährige Mitgliedschaft in der bfg ehrte die Bezirksvorsitzende den Fürther bfg-Ortsvorsitzenden KD Gugel. Für 25jährige Mitgliedschaft wurde Alexandra Seeberger (OV Fürth) und Roland Heigl (OV Bad Kötzing).



Helene Wildfeuer trug einen Impulsvortrag vor und moderierte die Diskussion.

„Generationengerechtigkeit 4.0 – Solidarität und Engagement in der Gewerkschaftsarbeit“

Nach Impulsvorträgen von Helene Wildfeuer, Thomas Wagner und David Dietz diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ortsverbändetagung in Bayreuth unter der Leitung von Helene Wildfeuer im Fishbowl-Verfahren über Möglichkeiten der Einbindung der verschiedenen Generationen in die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit.



Stellvertretende bfg-Bezirksvorsitzende Annette Feldmer



Stellvertretender bfg-Landesvorsitzender Thomas Wagner



bfg-Bezirksjugendleiter David Dietz



Im Herbst befinden sich in den Finanzämtern 2.600 Anwärterinnen und Anwärter in Ausbildung. Dringend benötigter Nachwuchs, dessen Ausbildung jedoch massive Auswirkungen auf die Finanzämter, den Fachbereich in Herrsching und Kaufbeuren und auf die Landesfinanzschule Bayern hat. „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“ Mit diesem Zitat von Antoine de Saint-Exupéry leitete Bezirksvorsitzende **Helene Wildfeuer** die Podiumsdiskussion zum Thema „Ausbildung first“ ein. Mit **Dr. Arndt Weißgerber**, **Antje Weichert-Puff**, **Andrea Knoll** und **Dr. Wernher Braun** gelang es Helene Wildfeuer, die für die Ausbildung in der bayerischen Finanzverwaltung maßgeblichen Persönlichkeiten für eine Podiumsdiskussion zu gewinnen. Mit auf dem Podium auch Bezirksjugendleiter **David Dietz** und der Weidener bfg-Orts- und Personalratsvorsitzende **Konrad Adam**.

„Die Ausbildung ist kein Selbstzweck!“, stellte **Dr. Arndt Weißgerber**, Leiter des Ausbildungsreferats beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in seinem Einführungsstatement fest. Die 1.466 Einstellungsmöglichkeiten für das Jahr 2018 würden dringend benötigt, denn schließlich solle jeder und jede Ausscheidende ersetzt werden und darüberhinaus auch noch die Istbesetzung gesteigert werden. Die Auszubildenden müssen in die Lage versetzt werden, die immer schwieriger werdende Arbeit an den Ämtern zu erfüllen. Herrsching und Ansbach stünden für Qualität in der Ausbildung. Das zeige sich auch daran, dass die Vorgesetzten mit der Arbeit der frisch ausgebildeten sehr zufrieden seien. Eine große Herausforderung sei es, auch das veränderte Lernverhalten und die geänderten Kompetenzen der Nachwuchskräfte zu reagieren. Dazu müsse die Ausbildung auch immer wieder entsprechend angepasst werden.

Antje Weichert-Puff, Personalabteilungsleiterin im Bayerischen Landesamt für Steuern, sieht in den zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten eine „riesige Chance“. „Frisches Blut und eine Verjüngungskur wird uns gut tun!“, sagte sie. In einem Zeit-



bfg-Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer



Personalabteilungsleiterin
Antje Weichert-Puff vom LfSt

raum von 10 Jahren werde aufgrund der demografischen Entwicklung annähernd die Hälfte des Personals ausgewechselt. Bei aller Begeisterung über die neuen Kolleginnen und Kollegen dürften die gewaltigen Herausforderungen aber nicht aus dem Auge verloren werden. Die entsprechenden Kapazitäten müssten zur Verfügung gestellt werden. Das beginnt mit den Räumlichkeiten und der entsprechenden Ausstattung, die vorgehalten werden müssen und gehe weiter beim Personal für haupt- und nebenamtliche Dozenten, Ausbilderinnen und Ausbilder an den Arbeitsplätzen, Leiterinnen und Leiter von AbAg's und Ausbildungsleiterinnen und Ausbildungsleitern. „Ausbildung ist Chefsache!“, sagte Weichert-Puff. Angesichts dessen, dass sich so viele Kolleginnen und Kollegen zusätzlich neben ihrer Arbeit mit so viel Herzblut für die Ausbildung engagierten, sei sie sehr zuversichtlich. Nach der Erhöhung um 200 Einstellungsmöglichkeiten in der 3. Qualifikationsebene sei es notwendig, den Ausbildungsfinanzämtern



Dr. Arndt Weißgerber,
Referatsleiter beim StMfLH



Andrea Knoll, Leiterin der Landesfinanzschule Bayern

mehr Flexibilität zu gewähren. Beispielsweise bei der Dauer der Ausbildung in der BP und in Sonderstellen.

Zuversichtlich, die großen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigten, zeigte sich auch die Schulleiterin der Landesfinanzschule Bayern, **Andrea Knoll**, die im Anschluss an die Eingangsstatements von Diskussionsleiterin Helene Wildfeuer das Wort erhielt. Das Team an der LFS sei sehr motiviert und engagiert. Um die erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können, seien aber weiter hauptamtliche Dozentinnen und Dozenten erforderlich. Bei der Frage nach den Fortkommensmöglichkeiten kann ich kann aber nicht viel bieten!“, sagte die Schulleiterin. Notwendig seien Beförderungsmöglichkeiten wie an den Finanzämtern sowie Möglichkeiten der Modularen Qualifizierung, damit „Leute gewonnen und auch gehalten werden können.“

Handlungsbedarf bei Planstellen für hauptamtliche Dozentinnen und Dozenten sah auch Bezirksvorsitzende **Helene Wildfeuer**, die im Rahmen ihrer Moderati-



Dr. Wernher Braun, Präsident der Hochschule für den öffentlichen Dienst

on deutlich machte, dass Dozentinnen und Dozenten angesichts mangelnder Planstellen bei den Schulen, auf Planstellen der Finanzämter verrechnet werden müssen.

Der Präsident der Hochschule für den öffentlichen Dienst, **Dr. Werner Braun**, räumte ein, dass der Fachbereich in Herrsching gebäudebedingt und bei den Unterbringungsmöglichkeiten für die Studierenden schwierige Bedingungen aufweise. „Wir geben aber unser Bestes und sind bei Problemen jederzeit Gesprächsbereit“, versprach der Präsident. „Wir geben unser Bestes auch im Bereich der Lehre“, führte Dr. Braun auf die Frage von Helene Wildfeuer zu den Gründen der im Vergleich zur Landesfinanzschule hohen Durchfallquote aus. Dr. Braun verwies darauf, dass die Dozentinnen und Dozenten auf ein sehr unterschiedliches Spektrum an Vorbildung bei den Studierenden treffen würden. Dazu komme bereits im Grundstudium bereits ein rasantes Tempo. Bei der Beurteilung der Durchfallquoten sei



bfg-Bezirksjugendleiter David Dietz

aber auch die Wiederholungsprüfung einbezogen werden. Zuversichtlich stimmten ihn jedenfalls die sehr guten Ergebnisse stimmen, die derzeit im aktuellen Grundstudium I erzielt worden seien.

bfg-Bezirksjugendleiter **David Dietz** hob die Notwendigkeit heraus, die Schulen mit zusätzlichen haupt- und auch nebenamtliche Dozentinnen und Dozenten zu stärken. Dazu müssten aber auch entsprechende Anreize – monetärer Art bzw. durch entsprechende Beförderungsmöglichkeiten – geschaffen werden. Problem sei auch, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Innendienst angesichts des Arbeitsdrucks in den Veranlagungsstellen nicht mehr leisten können, an den Schulen nebenamtlich tätig zu werden. Lob sprach Dietz der Landesfinanzschule Bayern aus, mit der er als BJA-Vorsitzender sehr gut zusammenarbeite. Nachholbedarf sah er bei der Hochschule im Bereich eines Onlineportals für die Studierenden.

Die ganz praktischen Probleme vor Ort



Konrad Adam, Orts- und Personalratsvorsitzender beim Finanzamt Weiden

thematisierte der stellvertretende Bezirksvorsitzende **Konrad Adam**. Das fängt schon damit an, dass es sich nicht immer vermeiden lässt, dass sich zwei Anwärterinnen und Anwärter einen Schreibtische teilen müssen oder der Aufenthaltsraum für die Anwärterinnen und Anwärter nicht mehr ausreichend Platz bietet. „Hier müssen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden“, so Adam. Adam sprach auch aber dennoch für den Beibehalt der heimatnahen Ausbildung aus, „weil wir die Leute dann überhaupt nicht kriegen, wenn sie die Ausbildung heimatfern ableisten müssen“. Notwendig sei es aber auch, die Ausbildung dort zu berücksichtigen, wo sie auch tatsächlich anfallt. „Überproportionale Ausbildungsleistungen müssen sich im Zuteilungssoll auswirken“, sagte Adam. Er stimme deshalb mit dem Bezirkspersonalrat beim Landesamt für Steuern Nürnberg darin überein, die Ausbildung künftig in die Zusatzberechnung zum Zuteilungssoll mit aufzunehmen.

gungsquote. Dabei sei zwischen den einzelnen Finanzämtern eine Bandbreite in der Beteiligung zwischen 30 und 88 Prozent verzeichnet worden. Sehr gute Notenwerte seien bei der Zufriedenheit mit der Flexibilität der Arbeitszeitregelungen (1,39), der Fachkompetenz der direkten Vorgesetzten (1,91) und dem Umgangstil der direkten Vorgesetzten (2,02) zu verzeichnen. Deutlich schlechter kommen die Bewertungen zum Einsatz der Politik für das Ansehen der Verwaltung in der Öffentlichkeit (4,07) und die Zufriedenheit mit den Beförderungsmöglichkeiten (3,87) weg, wenngleich beide Bereiche auch die größten Verbesserungen zur vorhergehenden Mitarbeiterbefragung (5,28 und 4,92) aufweisen.

In der Kritik steht auch weiterhin die Verfügbarkeit der im Einsatz befindlichen EDV-Programme (3,7). Als mögliche Maßnahme zur Verbesserung werde nun ein UNIFA-Release in Erwägung gezogen, das keine neuen Funktionalitäten enthalten wird, sondern die vorhandenen stabiler machen soll.

Habammer: „Zeit geben, um schwierige Fälle zu lösen“

Über die Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens und deren Umsetzung informierte Vizepräsident Dr. Christoph Habammer vom Bayerischen Landesamt für Steuern. Dr. Habammer: „Die Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens verdrängt nicht die Bearbeiterinnen und Bearbeiter. Wir brauchen weiter das Personal, denn wir wollen keinen Veranlagungsautomaten. Wir wollen damit Zeit geben, um schwierige Fälle zu lösen.“

Wipijewski: „Ära Söder ein Stück weit unvollendet“

Abgerundet wurde das Programm durch Vorträge von Helene Wildfeuer und Gerhard Wipijewski. Schwerpunkt des Einsatzes der bfg bleibe weiterhin die Verbesserung der Personalsituation. Markus Söder habe als Finanzminister die Wende eingeleitet, was die Personalausstattung angehe. Die Ära Söder sei allerdings auch ein Stück weit unvollendet. „Wir sind bei der Personalausstattung weit von

dem entfernt, was notwendig wäre. Obwohl wir auf Rekordniveau ausbilden, haben wir keine einzige Stelle mehr in den Finanzämtern als vor sieben Jahren. Wir konnten damit die Abgänge ausgleichen“, so Wipijewski. Er sei aber zuversichtlich, dass der unter Söder eingeschlagene Weg auch von dem neuen Finanzminister Albert Füracker fortgesetzt werde.

Wildfeuer: „Kolleginnen und Kollegen nicht mit A 8 in Pension schicken“

Helene Wildfeuer ging auch auf die prekäre Beförderungssituation ein. Es müsse auch abgewendet werden, dass Kolleginnen und Kollegen mit A 8 in Pension gehen, so die Bezirksvorsitzende. Handlungsbedarf sei insbesondere nach A 9 und A 12. „Da geht in den Regionen oft gar nichts mehr“, so Wildfeuer.

Emotionaler Höhepunkt zum Abschluss der 18. Fachtagung: Die Orts- und Personalratsvorsitzenden danken ihrer Bezirksvorsitzenden Helene Wildfeuer mit Standing Ovationen.



Ungleichheit und Steuergerechtigkeit

Bayerische Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung eines wachsenden Problems

Der Jesuitenpater Jörg Alt SJ ist ein deutscher Sozialwissenschaftler, Sozialethiker und Hochschuleseelsorger, der durch seine sozialetischen Forschungsarbeiten und Publikationen sowie durch sein gesellschaftspolitisches Engagement in Kampagnen mit den Themenschwerpunkten Migration, Globalisierung und Armutsbekämpfung bekannt wurde. Sein derzeitiger Arbeitsschwerpunkt ist die Studie Tax Justice and Poverty, in der er Zusammenhänge zwischen Steuergerechtigkeit und Armut erforscht. Bei dieser Studie wurde er auch von dem stellvertretenden bfg-Landesvorsitzenden Christoph Werwein beraten. Diese Zusammenarbeit wurde nun mit einer Veranstaltung im Nürnberger Caritas-Pirckheimer-Haus (cph) fortgesetzt. Unter der Leitung von Alt und Werwein ging es um die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten Bayern beim Problem der wachsenden Ungleichheit der Vermögen und der Steuergerechtigkeit hat. Eingeladen waren mit den Landtagsabgeordneten Wolfgang Fackler (CSU) und Harald Güller (SPD) sowie dem Landesvorsitzenden der bayerischen Grünen, Eike Hallitzky, Politiker von Parteien, die sowohl im Landtag als auch im Bundestag vertreten sind. Moderiert wurde der Abend von Armin Jelenik, dem stellvertretenden Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten.

Dr. Alt SJ: „Es wächst das Gefühl, dass es in unserem Land nicht mehr gerecht zugeht.“

Zur Beurteilung der Entwicklung von Ungleichheit beleuchtete Dr. Alt in seinem Eingangsstatement drei Pro-

blemkomplexe zur Beurteilung der Entwicklung von Ungleichheit: die Entwicklung von Haushaltseinkommen und -vermögen, die Entwicklung der Haushaltsausgaben und die sinkende Umverteilung und soziale Mobilität.

Er führte aus, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland zu den höchsten weltweit gehören und weiter zu nehmen. Dazu komme, dass die Lebenshaltungskosten, vor allem Mieten, in den letzten Jahrzehnten kräftig gestiegen seien. Zunehmend gebe es Haushalte, die zwischen 30 und 40 % oder sogar mehr des Nettoeinkommens für Mieten ausgeben müssen. Nehme man preisbereinigte Einkommen als Maßstab, so gebe es Anzeichen, dass sich Menschen auch mit mehr Geld im Geldbeutel immer weniger leisten könnten.

„All das wäre nicht so schlimm, wenn zumindest die Einkommensungleichheit durch Umverteilung noch angemessen aufgefangen werden könnte. Oder wenn die Verheißung noch gelten würde, dass man es mit Bildung und Leistungsbereitschaft „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ bringen könne“, so Alt. Beide Entwicklungen wiesen laut OECD jedoch einen Abwärtstrend auf. Alt: „In welcher Familie man geboren wird, wird zunehmend entscheidender für die Zukunft eines Kindes“.

Folge sei, dass am oberen Ende wachsende Vermögen viele Einflussmöglichkeiten auf Politikgestaltung jenseits demokratischer Regeln eröffneten. Am unteren Ende wachse das Gefühl, dass es in unserem Land nicht mehr gerecht zugehe. Eine Verbindung dieses Komplexes zu Sündenbockdenken und Populismus gelte inzwischen als empirisch gut belegt. Bei der Frage, wie dem wirkungsvoll

begegnet werden müsse, würden Steuern, so der Jesuitenpater, eine große Rolle einnehmen, vor allem die Erbschaftsteuer oder steuerfinanzierte Zuschüsse, bessere öffentlich finanzierte Angebote, vor allem im Betreuungs- und Erziehungsbereich, und mehr sozialer Wohnungsbau. Bei der Steuerpolitik gelte es zwischen der rechtlichen und der Verwaltungs- und Vollzugsebene zu unterscheiden: „Letztere ist deshalb wichtig, weil die besten Gesetze nichts wert sind, wenn man sie nicht durchsetzen kann“, sagte Dr. Alt.

Christoph Werwein: „Wenn bis zu 25% des Personals fehlt, bleibt das nicht ohne Folgen.“

Der stv. bfg-Landesvorsitzende Christoph Werwein stellte in seinem Statement anknüpfend an Alt fest, dass Steuern grundsätzlich ein sehr geeignetes Instrument seien, um soziale Schieflagen abzumildern. Dafür müssten die, die viel haben, mehr geben, damit der Staat die stützen könne, die zu wenig hätten. Sei dies aber überhaupt noch möglich, „wenn gerade große Konzerne und Privatvermögen ihre internationalen Verflechtungen nutzen, um sich ihren Verpflichtungen legal, halblegal oder illegal zu entziehen? Wenn mit Abwanderung gedroht wird, um eine Verringerung der Steuerlast zu erreichen und damit ein Wettlauf nach unten in Gang gesetzt wird?“, so Werwein. Die anstehende Neuregelung der Grundsteuer sei eine perfekte Gelegenheit, die Allgemeinheit an der Steigerung von Vermögenswerten partizipieren zu lassen. Fest stehe für ihn aber, dass eine umfassende Neubewertung des Grundvermögens für die Steuerverwaltung personell



Jesuitenpater Dr. Jörg Alt SJ

aktuell nicht zu stemmen sei. „Ja, wir können uns eigentlich überhaupt kein System leisten, das Mehraufwand verursacht“, sagte der stellvertretende bfg-Vorsitzende. Zwar habe die Staatsregierung den Personalstand in den letzten Jahren um etwa 500 Vollzeitkräfte erhöht. Dennoch könnten trotz Rekordeinstellungszahlen gerade einmal die Altersabgänge ersetzt werden. Der Personalfehlbestand der vergangenen Jahre sei jedoch noch längst nicht geschlossen und wenn bis zu 25 % des Personals fehle, bleibe das nicht ohne Folgen. Dazu kämen nun die internationalen Verflechtungen, wie Panama- und Paradise-Papers eindrucksvoll belegen. Die Steuerbehörden stießen schnell an nationale Grenzen. Hier müsse die übergreifende Zusammenarbeit im Steuervollzug weiter verbessert werden. Dazu gehöre ein umfassender Datenaustausch genauso wie hochqualifiziertes und ausreichendes Fachpersonal. Einer bedarfsgerechten Personalaufstockung der Steuerverwaltung sei in der Vergangenheit gern mit dem Argument begegnet worden, dass die Personalkostenquote im Staatshaushalt nicht weiter steigen dürfe. Der Bayerische Oberste Rechnungshof habe dazu jedoch bereits 2012 angemerkt, dass „das Quatsch ist“. Jeder Finanzbeamte bringe statistisch viel mehr ein als er koste. Mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs sollte der Weg doch jetzt frei sein, um die Planstellen für die Steuerverwaltung deutlich anzuheben.

In der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen dann die Politiker zu den Statements und zu Fragen aus dem Publikum Stellung. Dabei zeigte sich, dass sie die Vermögensungleichheit in Deutschland unterschiedlich



und der stellvertretende bfg-Landesvorsitzende Christoph Werwein leiteten den Abend.

beurteilen. Harald Güller und Eike Hallitzky konstatierten im Bereich der Vermögensverteilung und der Aufstiegsmöglichkeiten ein massives Auseinanderdriften von Arm und Reich. „Wer chancenlos ist, bleibt es, denn Armut und Reichtum werden in Deutschland vererbt“, so Hallitzky. Einen Grund für den wachsenden Reichtum von „Superreichen“, sieht Wolfgang Güller auch darin, dass „wir bestimmte Vermögensarten steuerlich nicht erreichen oder diese steuerlich gestaltet werden können, was im Bereich der Arbeitnehmereinkünfte nicht möglich ist. Wolfgang Fackler wollte die Situation „nicht überdramatisieren“. Circa 80 % der Menschen in Deutschland gehören zur Mitte, was Zahlen des IDW belegen, und er sehe auch nicht die Gefahr, dass diese Mitte zu zerfallen drohe. Auch er sei der Auffassung, dass starke Schultern mehr für das Gemeinwohl zu tragen hätten. Ein Gerechtigkeitsproblem könne er im Steuerrecht aber nicht erkennen, schließlich würden die „oberen 10 % der Einkommensteuerpflichtigen über 50 % zum Einkommensteueraufkommen beitragen.“ Kritik von Hallitzky und Güller gab es für die Bayerische Staatsregierung für ihren Umgang mit internationalen Großkonzernen. Bayern sei hier zu oft Bremser, wie das Beispiel Apple gezeigt habe, so Hallitzky. Hallitzky warnte auch vor einem Steuerwettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern, denn dieser werde die „Steuerbasis wegerodieren“. Hallitzky und Güller sprachen sich deshalb auch gegen „regionalisierte Steuersätze bei der Erbschaftssteuer aus. Während hingegen Wolfgang Fackler darauf verwies, dass unterschiedliche Steuersätze zwischen den Ländern nichts Neues seien, wie zum

Beispiel bei der Grunderwerbsteuer. Einige waren sich Fackler, Güller und Hallitzky bei der Einschätzung, dass eine Neubewertung aller 35 Millionen Grundstückswerte nicht „hinzubekommen“ sei. „Wir brauchen keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Finanzbeamte“, so Wolfgang Fackler. Harald Güller sprach sich hier für ein Mischsystem aus pauschalierten und regionalisierten Werten aus.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über die Auswirkungen der Personalsituation in der Steuerverwaltung ein. „Fehlendes Personal untergräbt die Steuergerechtigkeit“, stellte Harald Güller fest. Güller und Hallitzky verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofes und auf die Forderungen der bfg nach mehr Personal in den Finanzämtern. Wenngleich Wolfgang Fackler darauf hinwies, dass die Rechnung „mehr Finanzbeamte – mehr Steuereinnahmen – sich nicht unendlich fortschreiben lasse, denn „irgendwann werde auch kein größerer Ertrag mehr erzielbar sein.“ Fraglos sei aber, dass die CSU sich weiter für eine Stärkung der Steuerverwaltung einsetzen werde. „Wir werden die Personalabgänge ersetzen und Personal aufbauen für eine starke und leistungsfähige Finanzverwaltung. Insofern stimmte er dann auch mit Güller und Hallitzky überein, die Fackler vorwarfen, dass die Staatsregierung in den vergangenen Jahren zu wenig für eine Stärkung der Steuerverwaltung getan hätte. Auch die jetzigen Maßnahmen reichten lang nicht aus. „Beim Kampf gegen den internationalen Steuerbetrug können wir das Doppelte bis Dreifache an zusätzlichem Personal vertragen“, so Harald Güller.

...DER NEWSTICKER...

..DER NEWSTICKER.....

Wolfgang Fackler folgt auf Tobias Reiß

Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Diensts hat einen neuen Vorsitzenden



Nach der Wahl von Tobias Reiß zum parlamentarischen Geschäftsführer und stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion war der Vorsitz im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Diensts neu zu besetzen. Tobias Reiß hatte diesen seit rund einem Jahr inne, als er der langjährigen Vorsitzenden Ingrid Heckner in dieser Funktion nachgefolgt war. Mit Wolfgang Fackler wurde ein früherer Finanzbeamter und bfg-Mitglied nun zum neuen Vorsitzenden gewählt!

Am Beginn jeder Amtsperiode regeln die in den Landtag gewählten Fraktionen die Frage, welche Fraktion in welchen Ausschüssen die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden stellt. Das bleibt auch so, wenn es zu personellen Veränderungen kommt. So jetzt im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Diensts, in dem Tobias Reiß seinen Vorsitz niedergelegt hat, nachdem er von der CSU-Fraktion zum Nachfolger von Josef Zellmeier als deren parlamentarischen Geschäftsführer und stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war. Nach dem üblichen internen Abstimmungsbedarf hat die CSU dann den Donauwörther Abgeordneten Wolfgang Fackler für dieses wichtige Amt vorgeschlagen. Im Ausschuss wurde Wolfgang Fackler sodann nicht nur von den Abgeordneten der Mehrheitsfraktion, sondern auch von allen anderen Abgeordneten einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt! Ein deutliches Zeichen von Wertschätzung und guter Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg!

Die bfg gratuliert dem neuen Vorsitzenden ganz besonders herzlich zu seiner Wahl, ist Wolfgang Fackler als ehemaliger Steuerbeamter doch seit Jahren Mitglied in der Bayerischen Finanzgewerkschaft! Die bfg wünscht viel Erfolg im neuen Amt! Ein herzliches Dankeschön geht an den scheidenden Vorsitzenden. Tobias Reiß hat sich in den 12 Monaten seiner Amtszeit äußerst engagiert den Themen und Problemen des öffentlichen Dienstes im

Allgemeinen und der Finanzverwaltung im Besonderen angenommen. Die bfg wünscht ihm viel Erfolg bei seinen neuen Aufgaben!

bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski war beim Wechsel im Vorsitz anwesend und überbrachte den Dank und die Glückwünsche der bfg.

Weitere Veränderungen im Finanzministerium

In der letzten Ausgabe hatten wir schon darüber berichtet, dass nach dem Weggang von Amtschef Wolfgang Lazik in die Privatwirtschaft dessen Stellvertreter Harald Hübner neuer Amtschef werden soll. Diese Ernennung ist inzwischen ebenso erfolgt wie die Ernennung des bisherigen Personalabteilungsleiters Dr. Alexander Voitl zum neuen Stellvertreter des Amtschefs. Voitl wird damit auch den Dienstsitz Nürnberg leiten. Zur neuen Leiterin der Abteilung II (Dienstrecht und Personal) wurde Dr. Nicole Lang berufen. Deren bisherige Aufgabe als Leiterin des Referats für Besoldung und Stellenpläne übernimmt Ministerialrätin Tina Dangl. Nachdem Dr. Gregor Biebl seinem Chef in die Staatskanzlei gefolgt ist, wurde der bisherige Leistungsstab um den Finanzminister neu organisiert. Die Leitung des neuen Ministerbüros obliegt künftig Julia Heizer und Andrea Haberstumpf-Hermann.

Die bfg wünscht viel Erfolg bei den neuen Aufgaben! Auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit!



Der Austausch über Themen wie die Auswirkungen der Digitalisierung und die Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit stand auf der Tagesordnung eines Treffens der bfg-Landesleitung mit den Kolleginnen und Kollegen der Landesleitung der DSTG-Hessen. Aber auch das Thema Ausbildung nahm einen breiten Raum ein. Vielen Dank an DSTG-Landesvorsitzenden Michael Volz und sein Team für die Vorbereitung und die große Gastfreundschaft. Es wird nicht das letzte Treffen gewesen sein ...



bfg auch bei Grünen-Parteitag

Nachdem bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski seit Jahren als Ehrengast zu den Parteitagen von CSU und SPD eingeladen wird, erfolgte nun erstmals eine Einladung auch zum Parteitag von Bündnis 90 / Die Grünen, der am 5. und 6. Mai in Hirschaid stattgefunden hat. Dort diskutierten die Delegierten der bayerischen Grünen ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl am 14. Oktober. Viel Beachtung fanden dabei die Reden der neuen Bundesvorsitzenden Annalena Baerbock und der beiden Spitzenkandidaten Katarina Schulze und Ludwig Hartmann.

Zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten zum 1.5.2018

Zum 1. Mai 2018 konnte die zweite Charge an Hebungen umgesetzt werden, für die der Doppelhaushalt 2017/2018 im Rahmen des art. 6i Haushaltsgesetz Mittel bereitgestellt hatte. In unserem Bereich erfolgten daraus 10 Hebungen im Finanzministerium, 28 Hebungen im LfSt (3 A14, 3 A13, 14 A12, 3 A10, 1 A9+Z, 3 A9, 1 A7), insbesondere auch in der IT, 83 Hebungen in den Finanzämtern (1 A15, 1 A14, 5 A13, 2 A12, 10 A9+Z, 64 A9), 7 Hebungen bei den Finanzgerichten, 5 an der HföD, 15 am LfF (2 A14, 2 A13, 3 A12, 8 A9), 4 in der Schlösserverwaltung und 3,55 bei der IMBY.

Zum 1. August werden aus dem IT-Paket darüber hinaus mehr als 1 Mio für weitere Stellenhebungen in unserem Ressort bereitgestellt.

Einkommensrunde 2018 bei Bund und Kommunen

Einigung - Silberbach:
„Wir haben geliefert“

„Reale Zuwächse und Zukunftsperspektive: Die wochenlangen Proteste und über 40 Stunden intensiver Verhandlungen haben sich gelohnt“, erklärte der dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach nach der Einigung im Tarifkonflikt für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen.

„Die neue Einkommenstabelle TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen) liegt nach ihrem Umbau im März 2020 um 7,5 Prozent über der alten. Für alle Kolleginnen und Kollegen ergibt sich daraus ein sehr deutliches Plus im Geldbeutel. Wir sind angetreten, den Einkommensrückstand zur Privatwirtschaft zu verringern und wir haben geliefert“, so Silberbach am 18. April 2018 in Potsdam.

Wesentliche Verhandlungsergebnisse:

- die Tabellenwerte werden linear in drei Schritten um 3,19 Prozent (1.3.2018), 3,09 Prozent (1.4.2019) und 1,06 Prozent (1.3.2020) erhöht
- die Auszubildenden- und Praktikantenentgelte erhöhen sich um jeweils 50 Euro (1.3.2018 und 1.3.2019)



**Ministerpräsident Söder
beim Bayerischen Beamtenbund**

Neue und innovative – kurz bayerische – Lösungen wünschte sich der Bayerische Beamtenbund BBB bei der Sitzung des BBB-Hauptausschusses im April in München für die im kommenden Jahr anstehende Einkommensrunde im bayerischen öffentlichen Dienst. „Die Beschäftigungsbedingungen müssen stimmen“, so der BBB-Vorsitzende. Vor allem auf lange Sicht sei der Erhalt eines kompetenten und einsatzbereiten Personalstammes von besonderer Bedeutung. Habermann: „Das bedeutet nicht nur anständige Bezahlung, sondern auch ein weit gefasstes Programm, um die Beschäftigten im aktiven Arbeitsleben zu halten. Dabei gehe es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in jeder Lebensphase, um Gesundheitsmanagement, Eigenverantwortung, Fortbildung und Aufstiegsmöglichkeiten. Ministerpräsident Dr. Markus Söder sicherte in seiner Ansprache zu, dass die Staatsregierung weiter zu ihren Beamtinnen und Beamten stehen werde. „Sie können sich zu 100 Prozent auf uns verlassen“, sagte der Ministerpräsident. Dies gelte auch in der ablehnenden Haltung zur Bürgerversicherung. Diese würde die Gesundheitsversorgung nicht besser, sondern schlechter machen. Für unsere tausenden Beamte wäre dies ein massiver finanzieller Rückschritt, so Söder. Er könne in dieser Debatte oftmals nur Beamtenbashing erkennen.



Mitte April trafen sich die Frauenvertreterinnen der DSTG-Landes- und Bezirksverbände zu ihrer Frühjahrssitzung in Erfurt. Die Bayerische Finanzgewerkschaft wurde vertreten von Nicole Kittlaus und Michaela Schaller; in ihren außer-bayerischen Funktionen nahmen zudem Helene Wildfeuer und Birgit Fuchs an der Sitzung teil. Die thüringische Finanzministerin Frau Heike Taubert und der Präsident der Landesfinanzdirektion (LFD) Herr Hans-Karl Rippel standen den DSTG-Frauen Rede und Antwort vor allem hinsichtlich der aktuellen Verwaltungs- und Strukturreform, der ersten zaghaften Schritte in Richtung Telearbeit, Frauen in Führungspositionen und der Nachwuchsgewinnung. Thüringen präsentierte sich als ein Land, das in der Finanzverwaltung einen Frauenanteil von ca. 80 % aufweisen kann, in dem es aber trotzdem noch Handlungsbedarf aus Sicht der DSTG-Bundesfrauenvertretung gibt. Abgerundet wurde das Programm durch sachkundige und interessante Beiträge der Vorsitzenden der dbb-bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer und des DSTG-Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler.



bfg-Jugend nimmt das Heft in die Hand!

Ortsjugendleiterschulungen gefragt wie noch nie

Der April stand bei der bfg-Jugend ganz im Licht der Frühjahrsschulungen für die Ortsjugendleitungen. Sowohl im Bezirk Nord als auch im Süden Bayerns fanden mehrtägige Schulungen statt. In der Rekordbeteiligung spiegelt sich deutlich der Gestaltungswille der jungen Gewerkschaftler.

Die Fortbildungstage für die Jugendleitungen aus den nordbayerischen Finanzämtern stand ganz unter dem Motto „**Generation Z**“ und begann mit einem spannenden, impulsreichen Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Christian Scholz. Am Nachmittag des ersten Tages berichteten David Dietz (u. a. BJL Nordbayern, BJAV), Caro Rau (u. a. BJL Südbayern, DSTG Jugend) und Lena Oelschlegel (u.a. LJL, dbbjb) von ihren gewerkschaftlichen Tätigkeiten und Neuigkeiten aus den überörtlichen Jugendvertretungen. Am Folgetag lagen die Schwerpunkte beim **Landesjugendtag 2019** sowie Maßnahmen zur Verbesserungen bei Arbeit und Ausbildung in der Finanzverwaltung. Schließlich wurde der Ablauf der **JAV-Wahlen** im Herbst erörtert, und die Bezirksvorsitzende der bfg Nordbayern, Helene Wildfeuer, informierte umfassend über aktuelle Themen aus der Bezirksleitung und dem BPR. Einen neuen Teilnehmerrekord konnte die OJL-Schulung für die südbayerischen

Finanzämter verzeichnen: 33 Ortsjugendleiter/innen hörten Vorträge zu Personalrats- und Gewerkschaftsthemen. Diskutiert wurden Bereiche, die für viele junge bfg-Mitglieder sehr relevant sind, darunter die Durchfallquoten und **Qualität der Ausbildung** in der QE3 so-

wie die Modernisierung und Digitalisierung der Arbeit in den Finanzämtern. Auch klassische Themen wie die aktuellen Tarifverhandlungen des dbb sowie die überregionalen gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen kamen nicht zu kurz. Daneben stellte Lisa Bayer, SteuFA München, den neu entwickelten **Begrüßungsflyer** für Anwärter vor, der auch für andere Finanzämter umgesetzt werden kann, und die Teilnehmer erhielten das aktualisierte „**Know-how für die Ortsjugendleitung**“ in Form einer Ringmappe mit Ansprechpartnern, Info-Blättern zu Probezeit, Beurteilung und Aufstieg sowie einem umfassenden Wiki für die Tagesarbeit. Weitere OJL-Schulungen sind für den Herbst geplant.



OJL-Schulungen für Nord- (oben) und Südbayern (unten).





**FÜR DBB-MITGLIEDER
VERKEHRS-RECHTSSCHUTZ
BEI DER HUK-COBURG**

Wie gehabt: Autoversicherung mit dbb-Bonus

Jetzt neu: Verkehrs-Rechtsschutz mit Top-Leistung

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder gut und günstig:

Niedrige Beiträge sichern

Im Tarif Kasko SELECT sparen Sie gegenüber der normalen Kasko 20 % Beitrag ein.

25-Euro-Bonus mitnehmen

dbb-Mitglieder, die als Neukunde mit ihrer Autohaftpflichtversicherung zu uns wechseln, erhalten einmalig 25 Euro dbb-Bonus.

Verkehrs-Rechtsschutz abschließen

Der Verkehrs-Rechtsschutz ist die optimale Ergänzung zur HUK-COBURG Autoversicherung.

Gleich Angebot abholen

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie uns an: 0800 2 153153 – kostenlos aus deutschen Telefonnetzen.

Ortsverband beim Finanzamt Freising 44 neue Mitglieder beim Ortsverband Freising

Knapp ein halbes Jahr nach der Verabschiedung von Kathi Schlierf lud die neue Führungscrew um Ortsvorsitzenden Oliver Strümpfe vom Ortsverband Freising zur diesjährigen Ortsverbandsversammlung. Von der Bezirksleitung konnte der Vorsitzende die stellvertretende Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs begrüßen.

Bei Kaffee und Butterbrezen wurden die etwa 50 interessierten Mitglieder zunächst über die aktuelle Arbeit im Ortsverband informiert. Sabrina Ingerl ging insbesondere auf die aktuelle Mitgliederentwicklung im Ortsverband ein. 44 Neumitglieder konnte der Ortsverband in 2017 werben. Dabei wurde der dritte Platz im Bereich des Bezirksverbandes Südbayern erreicht. Auch für 2018 ist man wieder bemüht, neue Mitglieder für die bfg begeistern zu können.

Anschließend ging der Vorsitzende in seinem Bericht auf die vielen Aktivitäten des Ortsverbandes ein. Erfreut zeigte er sich, dass die verschiedenen Unternehmungen von allen Beschäftigten des Finanzamtes Freising sehr



Aus den Ortsverbänden

gut angenommen werden. So kann das Amt auch in 2018 wieder ein fast 100 Personen starkes Team zum Bayernturnier nach Oberschleißheim und nach Kempten schicken. Auch die staatspolitische Bildungsfahrt im Oktober 2018 nach Berlin wurde von den Kollegen gut angenommen, so dass die verfügbaren 50 Plätze in kürzester Zeit vergeben waren.

Im Anschluss daran übergab er das Wort an Birgit Fuchs, die über aktuelle Themen und Entwicklungen in der Finanzverwaltung informierte und die langjährigen Mitglieder Franz Fiedler und Alexander Markovic (50 Jahre) und Marianne Reif (40 Jahre) ehrte. Als Glücksfee zog sie die Gewinner der vom Ortsverband ins Leben gerufenen Aktion „Mitglieder werben Mitglieder.“ Den ersten Preis, einen Gutschein im Wert von 50 Euro, gewann Martin Bauer. Der zweite Preis, ein Gutschein im Wert von 30 Euro, ging an Gabriele Mückusch.



Unter einer starken Beteiligung der bfg-Ortsverbände aus Waldsassen und Weiden fand die Podiumsdiskussion des BBB-Kreisausschusses Nordoberpfalz mit MdL Tobias Reiß (CSU), MdL Franz Schindler (SPD), MdL Markus Ganserer (Bündnis90/Die Grünen) und Tobias Gotthardt (FW) statt.

Unter anderem wurde mit den anwesenden Politikern über die Abschaffung des noch ausstehenden Stelleneinzugs durch den Artikel 6b des Haushaltsgesetzes und über die Abschaffung der Wiederbesetzungssperre diskutiert.

Ortsverband bei der Außenstelle Karlstadt

Stephanie Reinhardt zur Vorsitzenden gewählt

Bei der bfg-Ortsverbandsversammlung an der Außenstelle Karlstadt des Finanzamts Lohr standen neben Mitgliederehrungen auch Neuwahlen auf dem Programm. Die Wahlleitung übernahm der stellvertretende Bezirksvorsitzende Matthias Derleth, der die zahlreich erschienenen Mitglieder im Anschluss in seinem Vortrag unter anderem über die Personal- und Stellenentwicklung sowie die Versorgung und Altersteilzeit informierte.

Einstimmig wurden jeweils Stephanie Reinhardt als neue Ortsvorsitzende und Manfred Losert als deren Stellvertreter gewählt. Der bisherige Ortsvorsitzende Werner Feser, der zum Sachgebietsleiter an das Finanzamt Würzburg gewechselt ist, wurde von der frischgebackenen Ortsvorsitzenden mit einem Weinpräsent und



Matthias Derleth, Manfred Losert, Stephanie Reinhardt, Karl-Otto Vogt und Werner Feser.

dem Dank aller anwesenden Mitglieder verabschiedet.

Für langjährige Mitgliedschaft wurden Manfred Losert für 25 Jahre und Karl-Otto Vogt für 50 Jahre geehrt. Der stellvertretende Bezirksvorsit-

zende überreichte die Urkunden und Ehrennadeln, und vom Ortsverband gab es noch ein Bocksbeutelpräsent.

Für das leibliche Wohl wurde mit selbstgebackenen Teilchen und Getränken bestens gesorgt.

Ortsverband beim Finanzamt Aschaffenburg

Vive la France!

Seit vielen Jahren organisiert der bfg-Ortsverband Aschaffenburg eine 3-tägige Reise, die auch immer sehr gut angenommen wird. Der riesige Zuspruch in diesem Jahr stellte aber einen neuen Teilnehmerrekord dar. Und so machten sich unter der Leitung von bfg-Ortsvorsitzendem Michael Schuberth und seinen Vorstandsmitgliedern Katharina Hacker und Rainer Huth bei tollem Frühlingswetter 65 Kolleginnen und Kollegen des Finanzamtes Aschaffenburg, verstärkt durch einige ehemaligen Kollegen, auf den Weg ins wunderschöne Lothringen. Besonders freute sich Michael Schuberth, dass sich in diesem Jahr viele neue und junge Kolleginnen und Kollegen erstmalig zur bfg-Fahrt angemeldet hatten. Auf dem Programm standen Besuche der Städte Metz und Nancy mit hochinteressanten Stadtführungen. Aber auch die kulinarischen Genüsse Lothringens ließen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht entgehen. Mit vielen Eindrücken und Erlebnissen wurde nach drei Tagen an der Mosel wieder die Heimfahrt an den Untermain angetreten. Und nach dem Motto „nach der Fahrt ist vor der Fahrt“ wurden auch bereits die ersten möglichen Ziele für das nächste Jahr an den bfg-Ortsvorsitzenden herangetragen.



Im April veranstalteten die Finanzämter Kaufbeuren und Kempten einen gemeinsamen Bowlingabend in Big Bowl im Kempten. In spannenden drei Stunden wurden viele Pins abgeräumt, und neben dem Spiel bot sich den 24 Teilnehmern auch eine gute Gelegenheit zu finanzamtsübergreifenden Gesprächen. Alle Bowler waren sich einig, den gemeinsamen Abend bald zu wiederholen.

Ortsverband beim Finanzamt Würzburg**Besuch des Europaparlaments in Straßburg**

Im April veranstaltete der Ortsverband beim Finanzamt Würzburg unter der Leitung des Ortsvorsitzenden Matthias Derleth eine dreitägige politische Bildungsreise nach Straßburg.

Am Anreisetag stand eine Stadtführung auf dem Programm, bei der sich die rund 50 Kolleginnen und Kollegen einen ersten Eindruck von der Europastadt machen konnten, bevor es dann in das Quartier nach Kehl am Rhein ging.

Kultur und Politik waren am darauf folgenden Tag angesagt. So standen unter anderem das historische Museum im Straßburg und das Europaviertel mit den verschiedenen Institutionen zur Besichtigung auf dem Programm. Am Abend rundete ein Besuch bei einem renommierten Weingut in Ortenberg-Fessenbach mit einer Weingutsbesichtigung und einer anschließenden Weinprobe den Tag ab. Ein besonderes Highlight war der Sonnenuntergang auf der Terrasse des Weingutes mit Blick auf die Vogesen und die Silhouette von



Notre Dame in Straßburg im Hintergrund.

Das Europaparlament stand am letzten Tag auf dem Programm. Somit einen Tag nach der Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron zur Zukunft der Europäischen Union an gleicher Stelle. Nach dem Besuch einer Plenumsitzung, bei dem sich die Würzburger Kolleginnen und Kol-

legen einen Eindruck von der Arbeitsweise des Parlaments verschaffen konnten, informierte Europaabgeordnete Monika Hohlmeier über aktuelle europapolitische Themen. Mit vielen Eindrücken und wertvollen Informationen ging es dann nach einem Mittagessen in der Kantine des Europäischen Parlaments wieder auf die Heimreise nach Unterfranken.

WIR GRATULIEREN

Runde Geburtstage Mai 2018

90. Geburtstag

Vitus Hollweck; FA Pfaffenhofen; Heinz Glaubig

85. Geburtstag

Wolfgang Lochmüller, FA Augsburg-Land; Josef Woloschuk, FA Passau; Manfred Opitz, FA München Abt. I; Josef Glier, Bayer. StMFLH

80. Geburtstag

Waldemar Bauer, FA Regensburg; Heinrich Baier, FA Pfaffenhofen; Regina Ramstöck-Fuchs, FA Schweinfurt; Jürgen Kropf, FA München Abt. III Bewertungsstelle

75. Geburtstag

Helmut Eisenschink, FA Vilshofen; Klaus Adam, LfSt DSt Nürnberg; Herbert Roth, FA Passau; Rudi Hußlein, LfSt DSt Würzburg; Helmut Deinzer, FA Ingolstadt; Walter Ferstl, FA Regensburg; Hermann Mader, LfSt DSt Nürnberg; Werner Fischer, FA Augsburg-Stadt

70. Geburtstag

Reinhold Pleier, FA Füssen; Günter Drabe, ZFA Nürnberg; Norbert Manglkammer, FA Nürnberg-Süd; Josef Pöschl, FA Burghausen; Rudolf Reckziegel, FA Berchtesgaden; Inge Kastenmeier, FA Regensburg; Renate Mörsdorf, ZFA Nürnberg; Robert Gack, FA Lichtenfels; Gerhard Griemann, FA Regensburg; Ernst Jerabek, FA Rosenheim; Ingrid Eppstein, FA Erlangen; Frank Zirk, FA Bad Neustadt; Claudia Löffler, FA Augsburg-Stadt; Ursula Merwald, FA München Abt. I; Roland Bühler, FA Ansbach; Richard Dill, FA Füssen; Heinz Kästner, FA Rosenheim; Franz Pfister, FA Würzburg; Gert Linkmann, LfSt DSt Nürnberg IuK; Walter Pussel, FA Neu-Ulm

65. Geburtstag

Peter Dörfel, FA München Abt. III Bewertungsstelle; Johann Dorschner, FA Augsburg-Stadt; Alfred Löw, LfSt DSt Nürnberg; Karin Kölling, FA Garmisch-Partenkirchen; Bernhard Manko, FA Obernburg; Johann Osterried, FA Memmingen; Leopold Standfest, FA Waldsassen; Christel Suckfüll, FA Bad Neustadt; Hermann Göller, FA Ansbach; Josef Kiefl, FA Deggendorf; Sieglinde Klemm, FA München Abt. VI, Erhebung; Bernhard Schneider, FA Würzburg; Wolfgang Lehmann, FA Forchheim; Helmut Thamm, FA Dinkelsbühl